Landeshauptstadt
München

Rathaus Umschau

Mittwoch, 10. November 2010
Ausgabe 215

Inhaltsverzeichnis

Terminhinweise **2**
Bürgerangelegenheiten **3**
Meldungen **4**
› Glückwünsche für Dr. Ulrich Wechsler zum 75. Geburtstag 4
› „Existenz 2010“ – Informationstag zur Existenzgründung 4
› Offene Ateliertage im städtischen Atelierhaus Klenze-/Baumstraße 5
› Neubelegung städtischer Ateliers in der Klenze-/Baumstraße 6
› Kinder- und Jugendhilfereport des Stadtjugendamts liegt vor 8
› Verkauf von Christbäumen auf öffentlichen Straßen und Plätzen und in städtischen Grünanlagen 8
› Winterdienstbilanz für Dienstag, 9. November 9
› Veranstaltungsreihe „Einblicke“ des Stadtarchivs München 9
› November-Konzerte der Städtischen Sing- und Musikschule 10
› Ausstellung „Arbeitswelten – mit der Kamera im Klinikum“ 10
› Fernsehmehrteiler von Rainer Werner Fassbinder im Filmmuseum 11
› Tag der offenen Tür in der Stadtbibliothek Isarvorstadt 12
› Veranstaltung „Tuba, Pauke & Co“ im Stadtmuseum 12
Antworten auf Stadtratsanfragen **14**
› Die Lokalbaukommission unter politischem Druck? Hintergründe einer denkwürdigen Nutzungsuntersagung 14
› Sinti und Roma in München – Handlungsbedarf für die Landeshauptstadt? 17
› Das böse „N-Wort“ – München kämpft gegen „rassistische“ Speisekarten 19
› Frühkindliche Prävention gegen Rechts – tut München zu wenig? 23
› Wie viele Migrantenkinder vertragen Münchner Schulklassen? 28
› Kampf im Klassenzimmer – auch an Münchner Schulen? 31

Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat **35**

Herausgeber: Presse- und Informationsamt der Landeshauptstadt München
Verantwortlich für den Inhalt: Stefan Hauf, Druck: Stadtkanzlei, Gemeinsame Anschrift: Rathaus, Marienplatz 8, 80313 München, Telefon 2 33-9 26 00, Telefax 2 33-2 59 53, presseamt@muenchen.de, www.muenchen.de/rathaus

Terminhinweise

Wiederholung
Donnerstag, 11. November, 19 Uhr,
Münchner Stadtmuseum, St.-Jakobs-Platz 1
Zur Eröffnung der Ausstellung „Roger Ballen – Fotografien 1969 - 2009" sprechen Stadtrat Dr. Reinhard Bauer (SPD) in Vertretung des Oberbürgermeisters und Dr. Isabella Fehle, Direktorin des Münchner Stadtmuseums, Grußworte. Einführung durch Dr. Ulrich Pohlmann, Leiter der Sammlung Fotografie des Münchner Stadtmuseums. Der Künstler Roger Ballen ist anwesend.
Achtung Redaktionen: Pressevorbesichtigung am Donnerstag, 11. November, um 11 Uhr in Anwesenheit von Roger Ballen.

Freitag, 12. November, 19 Uhr, Städtisches Atelierhaus,
Klenzestraße 85 Rückgebäude/Baumstraße 8b
Stadtrat Dr. Florian Roth (Bündnis 90/Die Grünen) spricht in Vertretung des Oberbürgermeisters Grußworte zur Eröffnung von „Offen 2010". Die Kunsthistorikerin Dr. Gudrun Szczepanek hält eine Einführung zu den in den Ateliers gezeigten Werken.
Achtung Redaktionen: Vorbesichtigung der Ateliers am Donnerstag, 11. November, 11 Uhr.
(Siehe auch unter Meldungen)

Sonntag, 14. November, 10 Uhr, Residenz München, Herkulessaal
Bürgermeisterin Christine Strobl nimmt an der Gedenkstunde anlässlich des Volkstrauertages 2010 für die Opfer von Krieg und Gewalt teil und hält eine Gedenkrede.

Sonntag, 14. November, 11 Uhr,
Philharmonie im Gasteig, Rosenheimer Straße 5
Festkonzert zum Auftakt der Jubiläumsveranstaltungen anlässlich des 25-jährigen Bestehens des Gasteigs. Zunächst spielt Friedemann Winklhofer auf der Klais-Orgel der Philharmonie Johann Sebastian Bachs Toccata und Fuge d-moll, BWV 565. Nach dem Grußwort von Oberbürgermeister Christian Ude spielen die Münchner Philharmoniker die 1. Sinfonie von Johannes Brahms unter der musikalischen Leitung von Christian Thielemann.

Sonntag, 14. November, 19 Uhr, Saal des Alten Rathauses
Oberbürgermeister Christian Ude spricht Grußworte beim Abendempfang des Kongresses BioEurope. Die international renommierte Veranstaltung ist Europas größte Konferenz zum Thema Biotechnologie. Sie findet von 15. bis 17. November im Internationalen Congress Center München (ICM) statt. Die Organisatoren erwarten zum zehnjährigen Jubiläum der BioEurope 2.500 Teilnehmer aus 50 Ländern.

Montag, 15. November, 9.30 Uhr, Keyserlingstraße 5
Stadtrat Christian Müller (SPD) gratuliert dem Münchner Ehepaar Therese und Maximilian Kirmair im Namen der Stadt zur Diamantenen Hochzeit.

Montag, 15. November, 11 Uhr, Therese-Giehse-Allee 59
Stadtrat Johann Altmann (Freie Wähler) gratuliert der Münchner Bürgerin Lore Mermagen im Namen der Stadt zum 100. Geburtstag.

Montag, 15. November, 11 Uhr,
Marienplatz und anschließend Presseclub
Tourismusdirektorin Dr. Gabriele Weishäupl präsentiert den Christbaum des Münchner Christkindlmarktes auf dem Marienplatz, der in diesem Jahr von Garmisch-Partenkirchen gespendet wird.
Peter Nagel, Tourismusdirektor der Spendergemeinde, stellt im Anschluss an die Baumbesichtigung im Presseclub Garmisch-Partenkirchen als touristische Outdoor-Destination und Deutschlands Wintersportort Nummer 1 vor.

Bürgerangelegenheiten

Mittwoch, 17. November, 19 Uhr,
Pfarrsaal St. Wolfgang, St.-Wolfgangs-Platz 9 (barrierefrei)
Sitzung des Bezirksausschusses 5 (Au - Haidhausen). Auf der Tagesordnung stehen auch Bürgerfragen.

Mittwoch, 17. November, 17.30 bis 19 Uhr,
BA-Büro, Seidlvilla, Nikolaiplatz 1 b (barrierefrei)
Bürgersprechstunde des Bezirksausschusses 12 (Schwabing - Freimann) mit dem Vorsitzenden Werner Lederer-Piloty.

Meldungen

Glückwünsche für Dr. Ulrich Wechsler zum 75. Geburtstag
(10.11.2010) Oberbürgermeister Christian Ude gratuliert Dr. Ulrich Wechsler zum bevorstehenden 75. Geburtstag: „‚Lesen ist das Mittel gegen Armut im Geiste', haben Sie einmal gesagt; diese Überzeugung ist sicher das Fundament Ihres jahrzehntelangen Engagements für das Buch- und Verlagswesen in Deutschland.
Ihre Tatkraft, gepaart mit verlegerischem Weitblick, umfassenden Kenntnissen der Branche und diplomatischem Geschick, mit denen Sie sich für die Lesekultur und die Welt der Bücher eingesetzt haben, hat über die Jahre viele Früchte getragen. Beispielhaft zu nennen sind die von Ihnen mitbegründete ‚Stiftung Lesen', die seit 1987 bundesweit erfolgreich Projekte zur Leseförderung ins Leben ruft, und der Internationale Buchpreis ‚Corine', zu dessen Initiatoren Sie gehören.
Nach vielen Bertelsmann-Jahren, in denen Sie als Vorstandsmitglied den Ausbau der Verlagsgruppe entscheidend vorantrieben, nach vielen Ehrenämtern im Börsenverein des Deutschen Buchhandels, unter anderem als Aufsichtsratsvorsitzender der Frankfurter Buchmesse, haben Sie sich nicht etwa zur Ruhe gesetzt, sondern – zu unserem Glück und Wohl – Ihre Fähigkeiten und Kenntnisse in den Dienst der Stiftung Literaturhaus gestellt, der Sie von Anfang an als Vorstandsvorsitzender angehörten. Dass sich unser Literaturhaus so prächtig entwickelt hat und eine führende Rolle im Verbund der deutschsprachigen Literaturhäuser einnimmt, ist nicht zuletzt Ihr Verdienst.
Ich danke Ihnen für Ihr Engagement, das erheblich dazu beigetragen hat, Münchens Ansehen als Buch-, Literatur- und Verlagsstadt zu steigern, und wünsche Ihnen auch für die kommenden Jahre Energie und Erfolg, vor allem aber Gesundheit, Glück und viele wohlverdiente Mußestunden."

„Existenz 2010" – Informationstag zur Existenzgründung
(10.11.2010) Am 13. November findet zwischen 9.30 Uhr und 17.30 Uhr im M,O,C, Lilienthalallee 40, der alljährliche Aktions- und Informationstag „Existenz" statt. Unter dem Motto „Selbständig werden – selbständig bleiben" werden rund 2.000 Gründerinnen und Gründer erwartet, die sich in mehr als 80 verschiedenen Fachvorträgen und Workshops sowie an 60 Informationsständen zum Thema Selbständigkeit informieren können. In diesem Jahr wird sich im Special „Durchstarten! So bringe ich meine Idee an den Kunden" alles rund um das Thema Marketing drehen. Am Stand des Münchner Existenzgründungs-Büros (MEB), einer Kooperationsein-

richtung der Landeshauptstadt München und der Industrie- und Handelskammer für München und Oberbayern, können Gründerinnen und Gründer nützliche Tipps zum Einstieg in eine erfolgreiche Selbständigkeit bekommen und sich über Gründungsformalitäten, das richtige Unternehmenskonzept sowie öffentliche Finanzierungshilfen, wie zum Beispiel den München-Fonds, beraten lassen. Der Eintritt ist frei und eine Anmeldung nicht erforderlich. Weitere Informationen zur Veranstaltung sind erhältlich unter *www.muenchen.ihk.de*

Offene Ateliertage im städtischen Atelierhaus Klenze-/Baumstraße
(10.11.2010) Vom Freitag, 12. November, bis Sonntag, 14. November, laden 27 von 30 Künstlerinnen und Künstlern im städtischen Atelierhaus Klenzestraße 85a/Baumstraße 8b (Rückgebäude) zu „Offen 2010" ein. Sie geben allen Interessierten Einblick in ihre Arbeitssituation, präsentieren ihre Arbeiten und bieten sie auch zum Verkauf an. Beteiligt sind Wolfgang Aichner, Alexander Arundell, Annegret Bleisteiner, Silke Eberspächer, Cornelia Eichacker, Sandra Filic, Isabel Haase, Doris Hahlweg, Heiko Herrmann, Esther-Judith Hinz, Horst Kirstein, Susn Kohl, Jadranka Kosorcic, Christine Kummer, Christoph Lammers, Stephanie Maier, Susanne Pitroff, Constanze Pladek, Nina Radelfahr, Martin Schneider, Eva Schoeffel, Cecile Schuck, Kristiane Semar, Christine Tanqueray, Thomas Thiede, Johannes Wende und Patricia Wich. Sie sind seit über vier Jahren und noch bis zum Sommer 2011 zur Miete im städtischen Atelierhaus. Im Juni 2011 wird ein Belegungswechsel stattfinden, um dann anderen Künstlerinnen und Künstlern den Beginn der Professionalität durch günstige Arbeitsräume zu erleichtern (siehe auch nachfolgende Meldung).
Bei „Offen 2010" sind nicht nur die Ateliers der genannten Künstlerinnen und Künstler zu besichtigen. Sie haben für das Wochenende auch Gäste eingeladen, die ihre Kunstwerke ebenfalls ausstellen. Mit dabei sind: Simon Leonhard Dollinger, Mie Emori, Matthias Fuchs, Barbara Kloiber, Kaori Nakajima und Christoph Mauler.
„Offen 2010 – last but not least" beginnt am Freitag, 12. November. Um 19 Uhr eröffnet Stadtrat Dr. Florian Roth (Bündnis 90/Die Grünen) in Vertretung des Oberbürgermeisters. Die Kunsthistorikerin Dr. Gudrun Szczepanek hält eine Einführung zu den in den Ateliers gezeigten Werken. Ab 22 Uhr gibt es Musik mit „DJ Zufall".
Die Ateliers und ihre Ausstellungen sind zu „Offen 2010" am Freitag, 12. November, von 18 bis 22 Uhr, und am Samstag und Sonntag, 13. und 14. November, von 14 bis 20 Uhr geöffnet. Der Eintritt ist frei. Nähere Informationen unter *www.atelierhaus-baumstrasse.de* in der Rubrik „News".

Als besonderes Programm bieten die Künstlerinnen und Künstler am Montag, 15. November, von 10 bis 14 Uhr eine Sonderöffnung für öffentliche Einrichtungen wie zum Beispiel Schulen an. Anmeldung erbeten bei Horst Kirstein unter dailydosage@web.de

Neubelegung städtischer Ateliers in der Klenze-/Baumstraße
(10.11.2010) Für den Belegungszeitraum Juni 2011 bis Mai 2016 werden 24 Ateliers im städtischen Atelierhaus in der Klenzestraße 85 Rückgebäude/ Baumstraße 8b ausgeschrieben. Bildende Künstlerinnen und Künstler, die dort ab Sommer 2011 für maximal fünf Jahre Arbeitsräume anmieten möchten, können sich bis Montag, 24. Januar 2011, bewerben.

Wer kann sich bewerben?
Berücksichtigt werden vorzugsweise Bildende Künstlerinnen und Künstler am „Anfang der Professionalität". Im Sinne der Erweiterung und Öffnung des Kunstbegriffes können sich auch Kunstschaffende aus den Bereichen Architektur, Design, Medien- und Konzeptkunst und Musik um ein Atelier bewerben.

Informationen zum Atelierhaus
Das Städtische Atelierhaus Klenzestraße 85 Rückgebäude/Baumstraße 8b, eine ehemalige Strickwarenfabrik, liegt im Glockenbachviertel, im 2. Stadtbezirk. In diesem Gebäudekomplex sind, seit einer grundlegenden baulichen Renovierung in den Jahren 1993/94, insgesamt 34 Räume für eine kulturelle und soziale Nutzung eingerichtet, von denen 24 Räume vom Kulturreferat als Arbeitsateliers an Bildende Künstlerinnen und Künstler vermietet werden. Die Künstlerateliers verteilen sich über alle vier Geschosse (Untergeschoss, Erdgeschoss, 1. und 2. Obergeschoss). Sie sind unterschiedlich dimensioniert mit Raumgrößen von 18 bis 127 Quadratmetern.

Wie sind die Mietkonditionen?
Entsprechend dem Stadtratsbeschluss vom 18. Juni 2009 werden die Ateliers jeweils für eine Nutzungsdauer von maximal fünf Jahren an Künstlerinnen und Künstler per Juryverfahren vergeben.
Voraussichtlich werden die Arbeitsateliers ab 1. Juni 2011 zu beziehen sein.
Die Nettokaltmiete der Ateliers beträgt:

- 3,70 Euro/Quadratmeter für die Räume im Souterrain/Ebene 0 (ausgenommen Atelier 0)
- 7,00 Euro/Quadratmeter für die Räume im Erdgeschoss und 1. Obergeschoss/Ebene 1 und Ebene 2
- 6,30 Euro/Quadratmeter im 2. Obergeschoss./Ebene 3 und Atelier 0 Souterrain

Für die Überlassung des Ateliers ist bei Abschluss des Mietvertrags eine Kaution in Höhe von 800 Euro für alle Ateliers von einer Größe bis zu 50 Quadratmeter zu zahlen, 1.600 Euro für alle Ateliers mit einer Größe über 50 Quadratmeter. In begründeten Fällen kann eine in drei Raten aufgeteilte Zahlung der Kaution vereinbart werden, wobei die erste Rate bei Abschluss des Mietvertrags fällig wird.
Weitere Räumlichkeiten im 1. und 2. Obergeschoss werden vom städtischen Sozialreferat für Kinder- und Jugendarbeit genutzt.

Kann man die Ateliers besichtigen?

Eine Möglichkeit der Besichtigung der Räume besteht im Rahmen der jährlichen Offenen Atelier-Tage. „Offen 2010" findet an diesem Wochenende, 12. bis 14. November statt. 27 von 30 Künstlerinnen und Künstlern beteiligen sich, zeigen ihre Arbeitsräume und präsentieren ihre Werke. Die Öffnungszeiten sind am Freitag von 18 bis 22 Uhr sowie am Samstag und Sonntag von 14 bis 20 Uhr. Außerdem sind unter *www.muenchen.de/kulturfoerderung* Grundrisse und weitere Angaben zu den Ateliers und zum Gebäude abrufbar. Da alle Arbeitsateliers derzeit vermietet sind, ist es – auch angesichts der hohen zu erwartenden Nachfrage – nicht möglich, einzelne Besichtigungstermine für Interessenten zu koordinieren.

Wie kann man sich bewerben?

Interessierte Künstlerinnen und Künstler richten ihre Bewerbung bis ***spätestens 24. Januar 2011*** (Poststempel) schriflich an das: Kulturreferat der Landeshauptstadt München, Abteilung 1, zu Händen Diana Ebster, Burgstraße 4, 80331 München. Am letzten Tag der Frist ist auch ein Einwurf in den Rathausbriefkasten (Rathaus/Pforte) bis 24 Uhr möglich. Bewerbungen, die nicht fristgerecht eingereicht werden und keinen gültigen Poststempel haben, können nicht berücksichtigt werden. Es wird um Verständnis dafür gebeten, dass Bewerbungsunterlagen aus organisatorischen Gründen nicht von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Kulturreferats entgegen genommen werden können.
Die Bewerbung enthält:

- das vollständig ausgefüllte Antragsformular (Download auf: *www.muenchen.de/kulturfoerderung*)
- eine künstlerische Vita (max. eine DIN A4-Seite) mit gegebenenfalls Angaben zu erhaltenen städtischen oder staatlichen Stipendien, Förderpreisen, Kunstpreisen, DAAD-Stipendien, öffentlichen Aufträgen, Ankäufen, Ausstellungstätigkeit, einschlägiger Verbandstätigkeit u.ä.
- eine Arbeitsmappe im Format DIN A4, keinesfalls großformatig, mit aussagefähigen, datierten Werkbeispielen (digitale Datenträger können allenfalls zusätzlich zu analogen Bewerbungsdaten berücksichtigt

werden, aufgrund der Vielzahl der zu erwartenden Unterlagen kann eine Sichtung digitaler Datenträger durch die Jury jedoch nicht zugesichert werden)

Vergabeverfahren

Alle eingehenden Bewerbungen werden der vom Stadtrat berufenen Jury für die Atelierförderung vorgelegt. Sie trifft im Februar 2011 eine Vorauswahl nach künstlerischen Qualitätskriterien und empfiehlt die ausgewählten Bewerberinnen und Bewerber für die verfügbaren Ateliers mit einer namentlichen Raumzuteilung. Zudem wird die Vergabekommission dem Stadtrat auch eine Nachrückliste aus den Bewerbungen vorschlagen. Die endgültige Entscheidung trifft der Kulturausschuss des Stadtrats voraussichtlich in seiner Sitzung am 3. März 2011. Der Abschluss der Mietverträge mit den Künstlerinnen und Künstlern erfolgt durch das Kommunalreferat der Landeshauptstadt München rechtzeitig zum Einzugstermin. Ausführliche Informationen zur Ausschreibung unter *www.muenchen.de/kulturfoerderung*

Kinder- und Jugendhilfereport des Stadtjugendamts liegt vor

(10.11.2010) Das Stadtjugendamt der Landeshauptstadt München im Sozialreferat hat dem Kinder- und Jugendhilfeausschuss des Stadtrats den Kinder- und Jungendhilfereport 2009 vorgelegt. Er gibt in komprimierter Form einen Überblick über die umfangreichen Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe, wie sie in kommunalem Auftrag und mit kommunaler Finanzierung durch die freien Träger sowie durch die Verwaltung selbst im Stadtjugendamt und in den Sozialbürgerhäusern erbracht werden. Unter anderem bietet der Report Informationen zur Kindertagesbetreuung, zur Entwicklung der Inobhutnahmen und der Adoptionen, zum Ausbau des Angebotes an Pflegefamilien, zur Jugendsozialarbeit und vielen weiteren Themenfeldern. Deutlich mehr als der bisherige Jahresbericht des Stadtjugendamtes ist der vorliegende Report von quantitativen Informationen geprägt, die, als Zeitreihe über mehrere Jahre, dann auch Entwicklungen verdeutlichen können. Der Report greift außerdem einige ausgewählte Fach- und Querschnittsthemen der Kinder- und Jugendhilfe in München auf, etwa die Partizipation von Kindern und Jugendlichen. Der Bericht kann im Internet abgerufen werden unter: *www.muenchen.de/soz/presse*.

Verkauf von Christbäumen auf öffentlichen Straßen und Plätzen und in städtischen Grünanlagen

(10.11.2010) Der Verkauf von Christbäumen auf öffentlichen Straßen und Plätzen und in städtischen Grünanlagen findet in diesem Jahr in der Zeit von Samstag, 27. November, bis Freitag, 24. Dezember (Heiliger Abend),

statt. Anmeldebeginn ist der 11. November. Anträge auf Überlassung eines Verkaufsplatzes sind bei der Bezirksinspektion jenes Stadtbezirkes zu stellen, in dem der Verkauf von Christbäumen stattfinden soll:

- Bezirksinspektion Mitte, Blumenstraße 28b, Telefon 2 33-2 55 80, Stadtbezirke 1, 2 und 3
- Bezirksinspektion Süd, Implerstraße 9, Telefon 2 33-3 98 44, Stadtbezirke 6, 7, 8, 17, 18, 19 und 20
- Bezirksinspektion West, Landsberger Straße 486, Telefon 2 33-4 65 90, Stadtbezirke 9, 21, 22, 23 und 25
- Bezirksinspektion Ost, Trausnitzstraße 33, Telefon 2 33-6 35 05, Stadtbezirk 5, 13, 14, 15 und 16
- Bezirksinspektion Nord, Leopoldstraße 202a, Telefon 2 33-3 86 10, Stadtbezirk 4, 10, 11, 12 und 24

Die Bezirksinspektionen sind Montag bis Donnerstag von 8 bis 12 Uhr sowie Dienstag von 14 bis 18.30 Uhr und Freitag von 7 bis 12 Uhr erreichbar. Näheres zu Bestimmungen, Verkaufszeiten, Gebühren und sonstige Informationen sind der Bekanntmachung für den Christbaumverkauf für das Jahr 2010 im Internet unter *www.muenchen.de/Rathaus/kvr/gewerbugast/bi/117808/aufgabenbi.html* zu entnehmen.

Winterdienstbilanz für Dienstag, 9. November

(10.11.2010) Hier die aktuellen Winterdienst-Zahlen:

Dienstag, 9. November:

Einsatzzahlen:
Personal: 7 Fahrzeuge: 2
Streuguteinsatz:
Salz: - Splitt: -
Kosten des Einsatztages: 33.647,80 Euro
Bisherige Bereitschaftstage: 5
Bisherige Einsatztage: 4
Bisher aufgelaufene Kosten im Winter 2010/2011: ***287.111,20 Euro***

Veranstaltungsreihe „Einblicke“ des Stadtarchivs München

(10.11.2010) Am 16. November berichtet im Rahmen der Veranstaltungsreihe „Einblicke“ des Stadtarchivs München unter dem Titel „Blick in die Retaurierungswerkstatt“ Margaretha Eisenhofer über ihre Arbeit. Die Veranstaltung beginnt um 18.30 Uhr im Stadtarchiv München, Winzererstraße 68. Der Eintritt ist frei. Die Teilnahme ist nur nach telefonischer Anmeldung unter 2 33-03 08 möglich.

November-Konzerte der Städtischen Sing- und Musikschule

(10.11.2010) Im November lädt die Städtische Sing- und Musikschule wieder zu musikalischen Veranstaltungen ein.

Im Festsaal in der Neuberghauser Straße 11 finden fünf Konzerte statt:

- Konzert mit „Bunter Mischung" am Montag, 15. November, um 19.30 Uhr: Ensembles, Spielkreise und Solistinnen und Solisten der Städtischen Sing- und Musikschule spielen unter der Leitung von Bernhard-Ludwig Reiser Werke von Robert Schumann, Cataldo Mocciaro, Georg Philipp Telemann und Hans Martin Linde
- Am Dienstag, 23. November, um 19.30 Uhr, Streicherabend. Schülerinnen und Schüler spielen unter der Leitung von Tilman Häuser Werke aus verschiedenen Epochen.
- Bläsermusik-Konzert am Donnerstag, 25. November, um 19.30 Uhr. Instrumentalschülerinnen und -schüler spielen unter der Leitung von Wolfgang Kohl Werke von klassisch bis modern.
- Am Samstag, 27. November, findet ein Klaviermarathon statt. In der Zeit von 10 bis 17 Uhr spielen Schülerinnen und Schüler unter der Gesamtleitung von Karin Renner-Kiese Werke von beliebten und bekannten Komponisten. Im Festsaal beginnen die Konzerte zur vollen Stunde, im Mozartsaal jeweils zur halben Stunde.
- Zum ersten Konzert in diesem Schuljahr lädt die „Studienvorbereitende Abteilung" am Dienstag, 30. November, um 19.30 Uhr ein. Unter der Leitung von Hans Peter Pairott werden Werke von Frédéric Chopin, Robert Schumann, Joseph Haydn, Modest Mussorgski, Claude Bolling und Antonio Vivaldi gespielt.

Im Bürgersaal, Fürstenried-Ost, Züricher Straße 35, werden zwei Konzerte geboten:

- Zum „Tag der Hausmusik" lädt die Städtische Sing- und Musikschule unter der Leitung von Karl-Wilhelm Agatsy in Zusammenarbeit mit Kultur & Mehr, dem Bezirksausschuss 19 und dem Kulturreferat am Montag, 22. November, um 18.30 Uhr ein. Familien musizieren in unterschiedlichen Besetzungen.
- „Musikalisches Allerlei" am Montag, 29. November, um 18.30 Uhr. Solistinnen, Solisten, Chöre und Orchester bieten unter der Leitung von Karl-Wilhelm Agatsy ein buntes Programm.

Der Eintritt zu allen Veranstaltungen ist frei.

Ausstellung „Arbeitswelten – mit der Kamera im Klinikum"

(10.11.2010) Das Fachgebiet Fotografie & Video/Film der Münchner Volkshochschule (MVHS) zeigt in Kooperation mit dem Klinikum der Universität München vom 16. November bis 15. Dezember im Campus Großhadern

die Fotoausstellung „Arbeitswelten – mit der Kamera im Klinikum Großhadern". Der Eintritt ist frei.
Das Projekt wird seit zwei Semestern vom Fotografen und langjährigen Dozenten Gérard Pleynet im Fachgebiet Fotografie & Video/Film der MVHS geleitet. Nach Exkursionen in einige andere Arbeitsfelder geriet das Klinikum in Großhadern mit seinen vielfältigen Arbeitsgebieten in den Fokus. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Projektes dokumentieren und interpretieren fotografisch verschiedene Arbeitsbereiche des Klinikums am Campus Großhadern. Robert Eisenmann, Eva Kloss, Frank Lehrieder, Michael Lindemann, Stefan Schiefer, Jorge Schramm, Detlev Schünke, John De Vine, Carlos Weber, Helmut Wegmeth, Andreas Weimann und Jörg Westphal suchten zusammen mit dem Fotografen Pleynet nach Facetten und Themen des Arbeitslebens im LMU-Klinikum Großhadern. Dabei entstanden individuelle Arbeiten u.a. in den Bereichen Dokumentation, Portrait, Architektur und Stillleben. Die unterschiedlichen fotografischen Sichtweisen und Einblicke sind nun vor Ort zu besichtigen. Das Foyer im Eingangsbereich heißt den Besucher willkommen und zeigt dort die Fotoausstellung mit über 90 Bildern in authentischer Umgebung.
Die Eröffnung der Fotoausstellung findet am Montag, 15. November, um 19 Uhr auf der Empore über dem Haupteingang, Campus Großhadern, Marchioninistraße 15, mit Tatjana Catsch, Pressestelle des Klinikums der Universität München-Großhadern, und Antonia Heigl, Leitung Stadtbereich Süd der Münchner Volkshochschule, statt. Einführung durch Kirsten Kleie, Fachgebietsleitung Fotografie und Video/Film der Münchner Volkshochschule.
Weitere Informationen und Bildmaterial unter Fachgebiet Fotografie & Video/Film der MVHS, Kirsten Kleie, Telefon 4 80 06-61 83, Fax 4 80 06-62 00, kirsten.kleie@mvhs.de.

Fernsehmehrteiler von Rainer Werner Fassbinder im Filmmuseum
(10.11.2010) Zum Abschluss der Retrospektive mit Filmen der Schauspielerin Luise Ullrich werden von Freitag, 12. November, bis Sonntag, 14. November, alle fünf Folgen des legendären Fernsehmehrteilers „Acht Stunden sind kein Tag" von Rainer Werner Fassbinder aus dem Jahr 1972 gezeigt. Rainer Werner Fassbinder stellt darin den Arbeitsalltag und das Privatleben einer Gruppe von Werkzeugmachern dar. Im Zentrum stehen Jochen (Gottfried John) und Marion (Hanna Schygulla), Angestellte einer Tageszeitung, die demnächst heiraten wollen. Verschiedene gesellschaftliche und soziale Themen werden aufgegriffen: Es geht um Mitbestimmung, Mietwucher, und Vorurteile gegen Gastarbeiter. Luise Ullrich spielt in der Serie die selbstbewusste Oma.

Fassbinder setzte mit der proletarischen Fernsehserie bewusst einen Gegenpol zu den damaligen „Heile-Welt-Serien“ des Fernsehens. In elliptischer Erzählweise zeigt er realistisch den Arbeitsalltag von selbstbewussten Arbeitern. Trotz aller Konflikte und Schwierigkeiten, mit denen die Protagonisten konfrontiert werden, herrscht eine positive Grundstimmung. Die fünf Folgen spielen in Köln und Mönchengladbach, Drehort war Wuppertal.

- „Jochen und Marion“: Freitag, 12. November, um 18.30 Uhr
- „Oma und Gregor“: Freitag, 12.. November, um 21 Uhr
- „Franz und Ernst“: Samstag, 13. November, um 18.30 Uhr
- „Harald und Monika“: Samstag, 13. November, um 21 Uhr
- „Irmgard und Rolf“: Sonntag, 14. November, um 18.30 Uhr

Mit der Serie wurde Hanna Schygulla erstmals einem größeren Publikum bekannt. Der Produzent Peter Märthesheimer erhielt für die Konzeption der Serie 1973 den Grimme-Preis.
Karten können vorbestellt werden unter Telefon 2 33-9 64 50. Der Eintritt kostet 4 Euro, ermäßigt 3 Euro.

Tag der offenen Tür in der Stadtbibliothek Isarvorstadt

(10.11.2010) Die Stadtbibliothek Isarvorstadt wird in diesem Jahr 55 Jahre alt. Aus diesem Anlass gibt es am Samstag, 13. November, von 13 bis 18 Uhr in der Stadtbibliothek Isarvorstadt, Kapuzinerstraße 28, einen Tag der offenen Tür mit einem bunten Programm: Buchversteigerung und Bücherflohmarkt ab 13 Uhr, Kinderschminken ab 14 Uhr und Puppentheater ab 15 Uhr. Um 17 Uhr wird die Preisverleihung für das Stadtteil-Quiz stattfinden. Zusätzlich können an diesem Tag ganz normal in der Bibliothek Bücher und Medien ausgeliehen werden. Für die musikalische Untermalung sorgt das Musikduo „Salz und Pfeffer“ und auch für das leibliche Wohl ist gesorgt. Für die ersten zehn neuen Kunden, die sich an diesem Tag in der Bibliothek anmelden, ist das erste Jahr der Mitgliedschaft kostenlos.

Veranstaltung „Tuba, Pauke & Co“ im Stadtmuseum

(10.11.2010) Im Münchner Stadtmuseum/Sammlung Musik, St.-Jakobs-Platz 1, sind die schönen und klingenden Instrumente nicht nur zum Anschauen da. Davon kann man sich in der Veranstaltung „Tuba, Pauke & Co“ am Samstag, 13. November, von 14 bis 16 Uhr überzeugen. Nach einigen musikalischen Kostproben durch den Leiter der Sammlung, Dr. Andras Varsanyi, stehen viele der Musikinstrumente bereit zum Ausprobieren. Die Kooperationsveranstaltung von Münchner Stadtmuseum und Museums-Pädagogischem Zentrum (MPZ) ist für Familien mit Kindern von

sechs bis zehn Jahren geeignet. Der Eintritt ist für Kinder frei, die Teilnahmegebühr beträgt 2,50 Euro pro Kind; Erwachsene zahlen den Museumseintritt von 6 Euro, ermäßigt 4 Euro.

Antworten auf Stadtratsanfragen

Mittwoch, 10. November 2010

Die Lokalbaukommission unter politischem Druck?
Hintergründe einer denkwürdigen Nutzungsuntersagung
Anfrage Stadtrat Karl Richter (BIA) vom 24.9.2010

Antwort Stadtbaurätin Professorin Dr. (I) Elisabeth Merk:

Mit Schreiben vom 24.09.2010 haben Sie gemäß § 68 GeschO folgende Anfrage an Herrn Oberbürgermeister gestellt, die vom Planungsreferat wie folgt beantwortet wird:
„Erst unlängst – in ihrer Ausgabe vom 14.09.2010 – berichtete die vom Presse- und Informationsamt der Stadt München herausgegebene ‚Rathaus-Umschau' über einen Fall von ‚Einflussnahme oder Druck von Stadträten/innen auf Mitarbeiter/innen'. Möglicherweise verhält sich die Stadtspitze aber auch nicht anders und übt politisch motivierten Druck auf städtische Behörden aus. Diesen Verdacht legt das Vorgehen der städtischen Lokalbaukommission bei der jüngst ergangenen Untersagung einer Immobiliennutzung durch die Bürgerinitiative Ausländerstopp (BIA) nahe, das eine Reihe von Fragen aufwirft:"

Frage1:
Welche Erklärung hat der Oberbürgermeister dafür, dass die bauaufsichtliche Überprüfung der Nutzung der Kellerräume in der Drygalski-Allee 33 durch die BIA innerhalb einer geradezu traumhaft kurzen Frist zum – gewünschten? – Ergebnis, nämlich zum Befund einer „unzulässigen Nutzung" durch die BIA, führte? Üblicherweise mahlen gerade die Mühlen der Münchner Lokalbaukommission sehr viel länger.

Antwort:
Die Nutzung der Kellerräume als Büro und Versammlungsstätte ist ungenehmigt. Bis zur Stunde liegt dem Planungsreferat auch kein Antrag auf Genehmigung der Räumlichkeiten vor, so dass von einer ungenehmigten und damit formell illegalen Nutzung auszugehen ist.
Das Planungsreferat ist durch Hinweise aus der Bevölkerung, später auch durch Veröffentlichungen auf die Nutzungsabsichten aufmerksam geworden. Nachdem die BIA selbst in ihrem Internetauftritt die neue Einrichtung

als neuen Versammlungsraum beworben hat, war ein Einschreiten geboten, nachdem die Räumlichkeiten bislang nur als „Lager“ genehmigt sind.

Frage 2:
Wer veranlasste diese bauaufsichtliche Überprüfung?

Antwort:
Das beim Planungsreferat zuständige Team der Lokalbaukommission hat nach Bekannt werden der ungenehmigten Nutzung die Überprüfung veranlasst.

Frage 3:
In den fraglichen Räumen, deren Nutzung als Versammlungs- und Veranstaltungsort der BIA mit Verfügung vom 20.08.2010 u.a. mit Hinweis auf mangelhafte Belichtung, fehlende Fluchtwege und Stellplätze untersagt wurde, befand sich zuvor eine Tanzschule. Welche Informationen liegen dem Oberbürgermeister darüber vor, wie die Tanzschule entweder die Genehmigung einer Nutzungsänderung der fraglichen Kellerräume erwirkte oder eine ungenehmigte, mithin illegale Nutzung der Räumlichkeiten vornehmen konnte, die nach Auskunft der Lokalbaukommission seit 1983 nur als „Lager“ genehmigt sind? Der damals genehmigte Plan trägt laut LBK ausdrücklich den Vermerk „kein Aufenthaltsraum“ – wie war es der Tanzschule möglich, diese Nutzungsvorschrift offenbar jahrelang zu umgehen?

Antwort:
Über eine Nutzung der betreffenden Räumlichkeiten als Tanzschule war dem Planungsreferat bisher nichts bekannt bzw. aktenkundig, hätte aber bei Kenntnis eine entsprechende Reaktion hervorgerufen (bauaufsichtliches Einschreiten).

Frage 4:
Wann und ggf. mit welchen Auflagen wurde in anderen, zum Teil baugleichen Souterrain-Räumen des gleichen Gebäudes in der Drygalski-Allee 33 untergebrachten Einrichtungen – einem Fitness- und einem Singstudio – die Nutzung ihrer Räumlichkeiten zu Aufenthalts- bzw. Geschäftszwecken erteilt?

Antwort:
Mit Baugenehmigung aus dem Jahr 1982 wurde unter anderem die Errichtung eines Fitnessstudios im Souterrain des Gebäudes genehmigt. Die Nutzungsänderung wurde im Rahmen des Antragsverfahrens hinsichtlich

der Einhaltung der Statik, des Brandschutzes, der gewerberechtlichen Bestimmungen, der Stellplatzsituation und der Freiflächengestaltung überprüft. Entsprechend enthält der Baugenehmigungsbescheid hierzu eine Vielzahl von Auflagen.
Das Singstudio wurde im Jahr 1983 genehmigt und enthält ebenfalls eine Reihe von zusätzlichen bzw. ergänzenden Auflagen, insbesondere zum Brandschutz.

Hinweis: Die 1982/1983 gültige Bayerische Bauordnung (BayBO) enthielt in Art. 60 eine Regelung, wonach Sport- und Spielräume unter bestimmten Voraussetzungen in Kellergeschossen gestattet werden können, wenn Nachteile nicht zu befürchten sind oder durch besondere Maßnahmen ausgeglichen werden.

Sinti und Roma in München – Handlungsbedarf für die Landeshauptstadt?
Anfrage Stadtrat Karl Richter (BIA) vom 24.9.2010

Antwort Sozialreferentin Brigitte Meier:

Sie beziehen sich in Ihrer Anfrage auf das im April 2010 von Herrn Bundesinnenminister de Maizière und seinem kosovarischen Amtskollegen Herrn Bajram Rexhepi unterzeichnete Rückführungsabkommen und fragen nach dem Zustrom von Roma und Sinti nach München.

Zu Ihrer Anfrage vom 24.09.2010 nimmt das Sozialreferat im Auftrag des Herrn Oberbürgermeisters im Einzelnen wie folgt Stellung:

Frage 1:
Wie viele Sinti und Roma leben nach Kenntnis der Münchner Behörden gegenwärtig in der bayerischen Landeshauptstadt?

Antwort:
Die Zahl der in München lebenden deutschen Sinti und Roma wird auf ca. 7.000 bis 10.000 Personen geschätzt. Hierbei handelt es sich um eine autochthone Volksgruppe, die seit Generationen in Deutschland lebt und überwiegend die deutsche Staatsbürgerschaft besitzt.

Frage 2:
Vor einem drohenden Massenzustrom von Sinti und Roma insbesondere aus den jüngsten EU-Beitrittsländern Rumänien und Bulgarien wurde seit langem gewarnt.
Der Berliner Innensenator Körting wies Medienberichten zufolge auf das Problem hin, dass Roma-Zuwanderer aus Rumänien und Bulgarien häufig illegal auf Baustellen und in Restaurants anheuerten, in öffentlichen Verkehrsmitteln musizierten und ihre Kinder zum Betteln schickten (nach: „Welt online", 18.09.2010). Inwieweit ist München von einer vergleichbaren Entwicklung betroffen? Über welches Zahlenmaterial dazu verfügen ggf. das Kreisverwaltungsreferat und das Sozialreferat der Stadt München?

Antwort:
Laut Schätzungen der Wohlfahrtsverbände gibt es derzeit ca. 300 bis 500 Arbeitsmigrantinnen und -migranten im Tagelöhnerbereich aus Rumänien und Bulgarien. Wie viele Roma sich unter den Arbeitsmigrantinnen und -

migranten aus den EU-Ländern befinden, lässt sich zahlenmäßig nicht erheben.

Frage 3:
Im Berliner Stadtbezirk Neukölln wurde inzwischen eigens eine „Task Force" aus Sozialarbeitern, Behörden und Polizei gebildet, um „die Konflikte mit und unter den Roma zu schlichten" (zit. nach: ebd.). Inwieweit gibt es vergleichbaren Handlungsbedarf auch in München?

Antwort:
Hier besteht kein Handlungsbedarf.

Frage 4:
Wie viele illegal bzw. abschiebungspflichtig in Deutschland lebende Sinti und Roma erhielten in den Jahren 2008, 2009 und 2010 in der bayerischen Landeshauptstadt eine kostenlose ärztliche Versorgung? Wie viele illegal bzw. abschiebungspflichtig in Deutschland lebende Sinti und Roma, die im genannten Zeitraum eine kostenlose medizinische Versorgung in München erhielten, wurden von den behandelnden Ärzten ordnungsgemäß den Behörden gemeldet? Von welcher Dunkelziffer ist auszugehen?

Antwort:
Ausreisepflichtige Personen haben gem. § 4 AsylbLG Anspruch auf medizinische Behandlung. Vom Sozialreferat/Amt für Wohnen und Migration wird dabei nicht erhoben, ob sie Angehörige einer Minderheit sind. Personen ohne geregelten ausländerrechtlichen Aufenthalt erhalten keine Leistungen nach dem AsylbLG.

Laut Statistik des Kreisverwaltungsreferates gehören nur noch sehr wenige Angehörige einer Minderheit zu den in der Anfrage genannten ausreisepflichtigen Personen: Ende Juli 2010 waren dies weniger als 10 Personen, so dass hierüber mittlerweile keine Statistik mehr geführt wird.

Das böse „N-Wort“ – München kämpft gegen „rassistische“ Speisekarten
Anfrage Stadtrat Karl Richter (BIA) vom 24.9.2010

Antwort Oberbürgermeister Christian Ude:

In Ihrer Anfrage vom 24.09.2010 beziehen Sie sich auf ein Spezialitätenrestaurant im Münchner Osten, das auf seiner Speisen- und Getränkekarte ein Cola-Mix-Getränk anbietet und für dieses das N-Wort verwendet; weiter, dass diese Gaststätte von der Antidiskriminierungsstelle für Menschen mit Migrationshintergrund – AMIGRA in einem Schreiben darauf hingewiesen wurde, dass es sich dabei um einen rassistischen Begriff handelt, verbunden mit dem Appell, diesen Begriff aus der Speise- und Getränkekarte zu entfernen.

Ihre Anfrage beantworte ich wie folgt:

Frage 1:
Geht es AMIGRA und den „Panafrikanisten“ nur um das „N-Wort“ – oder ist beabsichtigt, „antirassistische“ Kampagnen demnächst z.B. auch gegen den „Russ'n“ (ein vor allem in Süddeutschland beliebtes Weizenradler) oder das „Zigeunerschnitzel“ auf Münchner Speisekarten zu eröffnen? Haben sich russische und/oder Roma-Vertreter bereits über die Verwendung ihrer Volkstumsbezeichnungen zur Kennzeichnung von Speisen und Getränken auf Münchner Speisekarten beschwert? Wenn nein: Will die „Antidiskriminierungsstelle“ der Stadt München zur vorauseilenden Sicherstellung eines diskriminierungsfreien Zusammenlebens in München ggf. von sich aus aktiv werden und entsprechende Bereinigungen von Münchner Speisekarten anmahnen?

Antwort:
2009 verfasste der Arbeitskreis Panafrikanismus München e. V. eine „Resolution zur Abschaffung rassistischer Getränkebezeichnungen in Bayern“, die bundesweit von vielen Personen und Gruppierungen unterzeichnet wurde. Die Resolution ist auf der Website des Vereins einzusehen.
Das Bayerische Wirtschaftsministerium, dem die Resolution übergeben wurde, unterstützte das Anliegen und richtete ein entsprechendes Schreiben an den bayerischen Hotel- und Gaststättenverband, damit die rassistische Getränkebezeichnung für ein Cola-Mix-Getränk auch aus den Getränkekarten bayerischer Gaststätten genommen wird. Auch der Ausländerbeirat München schloss sich der Resolution an und forderte die Münchner

Gaststätten auf, die rassistische Bezeichnung „Neger“ aus ihren Speise- und Getränkekarten zu nehmen. Im Sommer 2010 erstellte der Arbeitskreis Panafrikanismus e.V. eine Liste der Gaststätten, die der gemeinsamen Aufforderung des Bayerischen Wirtschaftsministerium und des Hotel- und Gaststättenverbandes nicht gefolgt sind und übergaben diese beiden Unterstützern. Folge war ein erneuter Aufruf des Hotel- und Gaststättenverbands an die Mitglieder des Bezirks Oberbayern (vgl. ticker 26/10)

Frage 2:
Um wen handelt es sich beim „Arbeitskreis Panafrikanismus München“, der laut AMIGRA-Darstellung bereits im Sommer 2009 mit einer „Aktion“ die Initiative ergriff, um „alle rassistischen Getränkebezeichnungen aus den Speise- und Getränkekarten der Gaststätten in Bayern zu entfernen“? Wie sah diese Aktion aus?

Antwort:
Der Arbeitskreis Panafrikanismus München e.V. setzt sich für die Förderung der Völkerverständigung, den Abbau von (Alltags-) Rassismus und Diskriminierung in jeglicher Form ein.

Frage 3:
Über welche Legitimation verfügt der AK „Panafrikanismus“ bzw. das „Panafrikanismusforum“, um – wie im zitierten AMIGRA-Schreiben erwähnt – bayerische Gaststätten daraufhin „kontrollieren“ zu können, ob sie ihre ggf. „rassistischen“ Speise- und Getränkekarten politisch korrekt bereinigt haben?

Antwort:
Siehe Antwort zu Frage 1.

Frage 4:
Welche Sanktionen drohen Münchner Gastwirten, die sich trotz Kontrolle durch die Münchner „Panafrikanismus“-Gremien und die „Antidiskriminierungsstelle“ renitent zeigen und sich weiterhin weigern, die politisch korrekte Säuberung ihrer Speise- und Getränkekarten vorzunehmen. Möglicherweise nicht etwa aufgrund eines „rassistischen“ Berufsverhältnisses, sondern lediglich unter Verweis auf das ehrwürdige Alter und den über Generationen hinweg unproblematischen Traditionscharakter der beanstandeten Speise- und Getränkebezeichnungen?

Antwort:
Das Schreiben von AMIGRA an die Gaststätten, die das N-Wort noch in ihren Getränkekarten führen, war ein dringender Appell, den besagten Begriff nicht mehr zu verwenden. Dabei wurde auf das Schreiben des Bayerischen Wirtschaftsministeriums und den entsprechenden Aufruf des Präsidenten des Hotel- und Gaststättenverbandes an die Gaststätten hingewiesen.

Frage 5:
Wie oft musste AMIGRA und/oder kooperierende Gremien wie die Münchner „Panafrikanisten" seit 2005 tätig werden, um „rassistisches" Vokabular aus Münchner Speise- und Getränkekarten zu entfernen? Um welches Vokabular handelte es sich im einzelnen?

Antwort:
Siehe Antwort zu Frage 1.

Frage 6:
Der Neudruck von Speise- und Getränkekarten infolge der angemahnten Entfernung des „N-Wortes" kommt teuer – im vorliegenden Fall des Gastwirts im Münchner Osten ist die Rede von 80 bis 100 Euro. Kann der betroffene Gastwirt, bei dem es sich im aktuellen Fall um einen jahrelang unbeanstandet in München tätigen Ausländer handelt, eine Kostenübernahme oder zumindest einen Zuschuss durch die verantwortliche „Antidiskriminierungsstelle" der Stadt München gewärtigen? Sind ggf. die Münchner „Panafrikanisten" bereit, sich mit einem – zumindest symbolischen Betrag – an den anfallenden Kosten zu beteiligen?

Antwort:
Eine Kostenerstattung für den Druck von Speise- und Getränkekarten von kommerziellen Gastbetrieben ist im Etat der Landeshauptstadt München nicht vorgesehen.

Frage 7:
Mit welchen anderen möglicherweise „diskriminierungs"fähigen Minderheiten steht AMIGRA über den genannten „Panafrikanismus"-Arbeitskreis hinaus ggf. in Verbindung, um jederzeit ein „diskriminierungsfreies" Zusammenleben sicherzustellen und insbesondere jedwedem „Rassismus" auf Speise- und Getränkekarten, aber auch auf Werbetafeln im Stadtbild, in den Darbietungen der Münchner Lokalmedien etc. zeitnah entgegentreten zu können?

Antwort:
In den alle zwei Jahre erscheinenden Berichten der Antidiskriminierungsstelle für Menschen mit Migrationshintergrund– AMIGRA sind alle Kontakte statistisch aufbereitet. Diese Berichte liegen allen Stadtratsmitgliedern vor. Der letzte Bericht erschien im Dezember 2009.

Frühkindliche Prävention gegen Rechts – tut München zu wenig?
Anfrage Stadtrat Karl Richter (BIA) vom 19.10.2010

Antwort Oberbürgermeister Christian Ude:

Auf Ihre Anfrage vom 19.10.2010 nehme ich Bezug.
In Ihrer Anfrage haben Sie folgenden Sachverhalt vorausgeschickt:
„Medienberichte informierten kürzlich über ein beispielhaftes Projekt zur Bekämpfung des ‚Rechtsextremismus' aus dem Freistaat Sachsen. Dort beteiligt sich der Landkreis Nordsachsen mit einem eigenen ‚Aktionsplan' am Bundesprogramm ‚Vielfalt tut gut. Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie'. In dessen Rahmen, berichtete Projektkoordinatorin Anja Kohlbach mit Blick auf Erfahrungen aus anderen sächsischen Landkreisen, könne die Bandbreite der Aktivitäten ‚gegen Rechts' ‚von der Unterstützung demokratischer Bürgerinitiativen bis zu frühkindlicher Prävention in Kindertagesstätten reichen'. (zit. nach: ‚Oschatzer Allgemeine', 14.10.2010). Dies wirft die Frage auf, ob die bayerische Landeshauptstadt, die die Bekämpfung des ‚Rechtsextremismus' nach eigenem Bekunden als gesamtgesellschaftliche ‚Querschnittaufgabe' der Stadtpolitik handhabt, mit ihren Bemühungen möglicherweise hinterherhinkt und ihre Anstrengungen noch intensivieren muss."

Zu den im Einzelnen gestellten Fragen kann ich Ihnen Folgendes mitteilen:

Frage 1:
Gibt es auch in München einen lokalen Aktionsplan, in dessen Rahmen koordiniert und aktuell gegen „rechtsextreme", „fremdenfeindliche" und „antisemitische" Tendenzen im Bereich der Landeshauptstadt vorgegangen wird? Welche Einzelmaßnahmen umfasst ggf. das Münchner Handlungspaket?

Antwort:
Lokale Handlungspläne wie sie im Rahmen des o.g. Bundesprogramms gefördert werden, sind für München nicht sinnvoll, da „lokal" im Sinne der Förderkriterien auf einzelne Stadtbezirke bezogen ist. In München besteht keine entsprechende Verwaltungsstruktur in den Bezirken um solche LAPs zu beantragen oder durchzuführen.

Frage 2:
Welche Institutionen sind in München im Kampf gegen Rechtsextremismus zusammengeschlossen?

Antwort:
Die Landeshauptstadt München wendet sich grundsätzlich gegen Rechtsextremismus. Kooperationen zwischen Institutionen erfolgen fallabhängig.

Frage 3:
Welche Rolle spielt beim Kampf gegen den Rechtsextremismus in der bayerischen Landeshauptstadt die neugegründete „Fachstelle gegen Rechtsextremismus"? Mit welchen eigenen Aktivitäten, Projekten, Handlungsempfehlungen, Handreichungen etc. konnte sich die „Fachstelle gegen Rechtsextremismus" bislang in die Bekämpfung „rechtsextremistischer" Aktivitäten und Tendenzen in München einbringen?

Antwort:
All diese Informationen entnehmen Sie bitte der Internetseite der Fachstelle, die Ihnen seit dem 26.10.2010 zur Verfügung steht: *www.muenchen.de/gegen-rechtsextremismus.*

Frage 4:
In welchem Umfang wird auch in München die in Nordsachsen übliche „frühkindliche Prävention in Kindertagesstätten" praktiziert? Wie sieht die Einbeziehung des Kita-Personals und der Eltern aus?

Frage 5:
Welches Instrumentarium steht zur Verfügung, um „rechtsextremistische", „fremdenfeindliche" oder gar „antisemitische" Aktivitäten und Tendenzen an Münchner Kindertagesstätten zu erkennen und ihnen adäquat entgegenzutreten? Wie äußern sich „Rechtsextremismus" und „Antisemitismus" im frühkindlichen Alter?

Antwort:
Für alle Kindertageseinrichtungen in Bayern gilt das Bayerische Kinderbildungs- und -betreuungsgesetz (BayKiBiG) mit seiner Ausführungsverordnung (AV BayKiBiG).
Hier sind die wesentlichen Ziele und Inhalte des Bildungs- und Erziehungsauftrages der Kindertageseinrichtungen definiert.
So hat das pädagogische Personal u.a. die Aufgabe, die soziale Integration aller Kinder unabhängig von ihrer Herkunft, ihrem Geschlecht oder ihrer persönlichen Lebenssituation zu fördern (AV BayKiBiG § 1 Nr. 4). Zur Bildung der gesamten Persönlichkeit fördert das pädagogische Personal Basiskompetenzen der Kinder, die u.a. die Entwicklung von freiheitlich-demo-

kratischen, religiösen, sittlichen und sozialen Werthaltungen einschließen. In enger bildungspartnerschaftlicher Zusammenarbeit mit den Eltern sollen alle Kinder lernen, in Achtung vor den Überzeugungen Anderer zu leben, offen und unbefangen Menschen in ihrer Unterschiedlichkeit anzunehmen, sich in andere einzufühlen und Mitverantwortung für die Gemeinschaft zu übernehmen (vgl. AV BayKiBiG, § 2 Nr.1, § 4 Nr. 1 und 2). Der Bayerische Bildungs- und Erziehungsplan BayBEP formuliert Erziehungsziele u.a. in folgenden Bereichen:

- Kulturelle Aufgeschlossenheit und Neugier
- Zwei- und Mehrsprachigkeit
- Fremdheitskompetenz
- Sensibilität für unterschiedliche Formen der Diskriminierung

Das pädagogische Personal ist für diese verantwortungsvolle Auftrag qualifiziert. Ein Pool von Sprachberatungen und speziell geschulten Interkulturellen PädagogInnen sowie entsprechende Fortbildungen stehen den Einrichtungen zur Verfügung.
Das gleichberechtigte, achtsame und wertschätzende Zusammenleben aller Kinder, gleich welcher Herkunft, Religion, Kultur, gleich ob mit oder ohne Behinderung ist in den Münchner Kindertageseinrichtungen täglich gelebte Praxis. Diese leisten so einen wichtigen Beitrag für das friedliche Miteinander der Stadtgesellschaft.

Frage 6:
Inwieweit erstrecken sich die Bemühungen, „rechtsextremistischen", „antisemitischen" etc. Tendenzen im frühkindlichen Alter entgegenzutreten, auch auf Kinder mit „Migrationshintergrund" – davon ausgehend, dass Deutsche „ohne Migrationshintergrund" in der Altersgruppe zwischen 0 und 9 Jahren nur noch 47,8 Prozent der Münchner Bevölkerung ausmachen (nach: Münchner Statistik, 3.
Quartalsheft, Jg. 2008, S. 11). Inwieweit fehlt es an fremdsprachigem Personal zur Bekämpfung „rechtsextremistischer" Tendenzen an Münchner Kindertagesstätten? Ist entsprechender Personalzuwachs geplant?

Antwort:
Siehe Antwort Frage 5. Es ist kein Personalzuwachs geplant.

Frage 7:
Welche Erfahrungen konnte das Schulreferat bislang mit der „frühkindlichen Prävention" gegen „Rechtsextremismus" machen? Konnte ggf. auf Erfahrungen aus anderen Regionen zurückgegriffen werden?

Antwort:
Siehe Frage 5. Das Referat für Bildung und Sport tauscht sich im Rahmen von Fachtagen und Fachgremien mit anderen Institutionen, Trägern und Fachstellen aus.

Frage 8:
Inwieweit ist die „Fachstelle gegen Rechtsextremismus" der Stadt München auch bei der „frühkindlichen Prävention" gegen Rechtsextremismus beratend tätig? Auf welches hierzu besonders qualifizierte Personal (z.B. Kinderpsychologen) kann die Fachstelle dabei zurückgreifen?

Antwort:
Die Fachstelle gegen Rechtsextremismus ist grundsätzlich im Bereich der Koordinierung gegen Rechtsextremismus tätig. Sie beschäftigt keine Kinderpsychologen.

Frage 9:
Laut „Süddeutsche Zeitung" vom 10.09.2010 wird die „Fachstelle gegen Rechtsextremismus" seit August 2010 von Miriam Heigl betreut – warum erst seit August 2010? Die Bewerbung endete im Januar. Und wodurch konnte sich Frau Heigl für die verantwortungsvolle Stelle qualifizieren?

Antwort:
Das Personal- und Organisationsreferat erklärt hierzu: Frau Dr. Heigl entsprach dem Anforderungsprofil der ausgeschriebenen Stelle von allen Bewerberinnen und Bewerbern am besten. Der Dienstantritt erfolgte nach Abschluss des Stellenbesetzungsverfahrens unter Berücksichtigung der von Frau Dr. Heigl zu beachtenden Kündigungsfrist für das vorhergehende Beschäftigungsverhältnisses zum 01.08.2010.

Frage 10:
Inwieweit sieht das Schulreferat einen Zusammenhang zwischen der Intensivierung des „Kampfes gegen Rechts" und dem Anwachsen „rechtsextremistischer" Aktivitäten? Werden „rechtsextremistische" Aktivitäten durch eine intensivierte Bekämpfung bis ins frühkindliche Alter möglicherweise ungewollt aufgewertet und befördert?

Antwort:
Die beste Prävention gegen Rechtsextremismus ist eine demokratische Stadtgesellschaft. Diese Art des solidarischen, pluralistischen und die Menschenwürde jedes Einzelnen respektierenden Miteinanders sollte von Geburt an in der Familie und in den staatlichen Institutionen erlernt werden.

Wie viele Migrantenkinder vertragen Münchner Schulklassen?
Anfrage Stadtrat Karl Richter (BIA) vom 28.7.2010

Antwort Stadtschulrat Rainer Schweppe:

Auf Ihre Anfrage vom 28.07.2010 nehme ich Bezug. In Ihrer Anfrage haben Sie folgenden Sachverhalt vorausgeschickt:
Sie zitieren den Vorsitzendes des Philologenverbandes, Herrn Meidinger, der angeblich in der BILD-Zeitung geäußert habe: *„‚Wenn der Migrantenanteil in einer Schulklasse über 40% liegt, wird das Lerntempo spürbar verlangsamt. Das kann sich im Laufe der gesamten Schulzeit auf einen Lernrückstand von einem ganzen Schuljahr summieren.' Laut dem Ersten Münchner Bildungsbericht betrage der Anteil von Schüler/-innen mit Migrationshintergrund an rund 90 Münchner Schulen 40 Prozent und mehr."*

Hierzu sei angemerkt: Dem Schul- und Kultusreferat sind weder die entsprechende Ausgabe der BILD-Zeitung noch das angeführte Zitat bekannt. Es ist ebenfalls nicht bekannt, ob Herr Meidinger sich wie oben ausgeführt geäußert hat. Studien mit einer Pauschalaussage über verringertes Lerntempo in Abhängigkeit von Migrantenquoten sind dem Schul- und Kultusreferat nicht zugänglich. Bitte fragen Sie diesbezüglich bei Herrn Meidinger direkt an.
Da Sie sich auf Zahlen des Bildungsberichts beziehen, die die Situation an Münchner Grundschulen wiedergeben, weise ich Sie darauf hin, dass Grund- und Hauptschulen nur als staatliche Schulen gebildet werden können (Art. 32 Abs. 1 BayEUG). Daher ist die Klassenbildung dort auch eine staatliche Aufgabe. Zudem gilt beim Besuch der Grund- und Hauptschulen grundsätzlich die Sprengelpflicht gemäß Art. 42 Abs. 1 BayEUG. Auf die Zusammensetzung der staatlichen Klassen hat die Landeshauptstadt München daher keinen Einfluss.

Zu den im Einzelnen gestellten Fragen ist Folgendes mitzuteilen:

Frage 1:
Inwieweit vermögen die Münchner Schulbehörden die Einschätzung zu bestätigen, dass Lernerfolge durch einen hohen Anteil von Migrantenkindern in Schulklassen erschwert werden? Liegen ggf. eigene Münchner Studien dazu vor?

Antwort:
Für den Bereich der städtischen Schulen kann die Einschätzung nicht be-

stätigt werden. Es wurden zu dieser Fragestellung keine Münchner Studien durchgeführt.

Frage 2:
Welche alternativen Konzepte zu hohen Ausländeranteilen an Münchner Schulklassen wurden von den Münchner Schulbehörden ggf. erwogen, um nachteilige Folgen für den Lernprozess zu vermeiden (z.B. ethnisch getrennte Schulklassen)?

Antwort:
Da keine nachteiligen Folgen auftreten, müssen auch keine Konzepte erwogen werden. Das Modell der ethnisch getrennten Schulklassen, das es in Bayern gab, hat sich pädagogisch überlebt. Heute werden Kinder mit türkischem Migrationshintergrund nicht auf ein mögliches Leben in der Türkei vorbereitet – das war das Ziel der damaligen Klassen –, sondern auf die Teilhabe an der hiesigen Gesellschaft.

Frage 3:
Mit welcher sachlichen Begründung halten die städtischen Schulbehörden trotz der Tatsache verminderter Lernfortschritte infolge hoher Ausländeranteile an Schulklassen am Konzept der „interkulturellen Integration" im Klassenzimmer fest, auch wenn dies mit Ausländeranteilen von weit über 40% an Münchner Schulklassen einhergeht? Nota bene: die Frage zielt auf sachliche Argumente und nicht auf den stereotypen Verweis auf das „Münchner Integrationskonzept" als städtische „Querschnittsaufgabe" ab, das nicht zur Disposition stehe.

Antwort:
Das interkulturelle Integrationskonzept ist nicht einfach nur „Querschnittsaufgabe", sondern manifestiert sich in der gelebten Vielfalt – auch und gerade in den Klassenzimmern.

Verminderte Lernfortschritte infolge hoher Anteile ausländischer Schüler/-innen sind nicht feststellbar (vgl. Antwort zu Frage 1).

Frage 4:
Die Ausgestaltung des schulischen Lebens ist städtische Hoheitsaufgabe – inwieweit halten die städtischen Schulbehörden die Einführung von Migrantenquoten an Münchner Schulen für machbar? In Italien sind z.B. ab 2011 Migrantenquoten von maximal 30% an den ersten Klassen der

Grund- und Oberschulen gesetzliche Vorschrift – inwieweit könnte dies ein Vorbild für Münchner Schulen sein?

Antwort:
Die Ausgestaltung des schulischen Lebens ist anders als von Ihnen behauptet eben keine „städtische Hoheitsaufgabe", sondern unterliegt den einschlägigen staatlichen Vorschriften. Wenden Sie sich in diesbezüglichen Fragen bitte an das Bayerische Staatsministerium für Unterricht und Kultus.

Kampf im Klassenzimmer – auch an Münchner Schulen?
Anfrage Stadtrat Karl Richter (BIA) vom 28.7.2010

Antwort Stadtschulrat Rainer Schweppe:

Auf Ihre Anfrage vom 28.07.2010 nehme ich Bezug. Für die gewährte Fristverlängerung bedanke ich mich.
In Ihrer Anfrage haben Sie folgenden Sachverhalt vorausgeschickt: *„Eine ARD-Dokumentation mit dem Titel ‚Kampf im Klassenzimmer' habe unlängst die an vielen deutschen Schulen angeblich längst alltägliche Gewalt thematisiert, der Schüler/-innen ohne ‚Migrationshintergrund' in Klassen mit einem hohen Anteil ausländischer Schüler/-innen ausgesetzt seien. Auch in der Landeshauptstadt München seien deutschstämmige Schüler/-innen bereits in der Minderheit."*
Hierzu sei angemerkt: Die von Ihnen unterstellte Minderheitenposition deutscher Schüler/-innen entspricht nicht den Tatsachen: Der Anteil ausländischer Schüler/-innen an öffentlichen allgemeinbildenden Schulen in München betrug im Jahr 2008 22,5%, der Anteil von deutschen Schüler/-innen mit Migrationshintergrund 6,7%. Der Anteil ausländischer Schüler/-innen im Bereich der Beruflichen Schulen betrug im gleichen Jahr 15%. Die von Ihnen unter Berufung auf das Statistische Jahrbuch München 2009 genannte Zahl von 64,3% ausländischer Schüler/-innen an Münchner Berufsschulen im Schuljahr 2007/2008 ist anders zu interpretieren: Diese Prozentzahl beschreibt lediglich den Anteil ausländischer Schüler/-innen an Berufsschulen im Verhältnis zu den Beruflichen Schulen (etwa auch FOS/BOS usw.) insgesamt. Dort explizit aufgeführt werden 41.832 Schüler/-innen an Berufsschulen, von denen 5920 (ca. 14%) ausländischer Herkunft sind.

Zu den im Einzelnen gestellten Fragen ist Folgendes mitzuteilen:

Frage 1:
Welche Informationen liegen der Stadt über ethnische Gewalt an Münchner Schulen vor, und zwar insbesondere über an deutschen Kindern verübte Gewalt in Schulklassen mit hohem Ausländeranteil?

Frage 2:
In welchen Schulsprengeln liegen ggf. Brennpunkte ethnischer Gewalt an Münchner Schulen?

Antwort:
Der Begriff „Ethnische Gewalt“ wird in der soziologischen Fachliteratur regelmäßig für militärische Auseinandersetzungen zwischen Volksgruppen verwendet.
Die von Ihnen angesprochene etwaige Gewalt von Kindern mit Migrationshintergrund wird datenmäßig nicht erfasst und liegt der Landeshauptstadt München daher nicht vor.

Frage 3:
Registrieren die Münchner Schulbehörden spezifische Gewalt mit ethnischem Hintergrund überhaupt – und zwar ähnlich aufmerksam wie etwa Vorkommnisse mit „rechtsextremistischen“ Hintergrund?

Antwort:
Entscheidend ist eine frühzeitige und aufmerksame Wahrnehmung von Gewalt in jeglichem pädagogischen Kontext sowie ein pädagogisch-psychologisch fachgerechter Umgang damit. Dabei ist nicht-körperlicher Gewalt (Worte/Gesten) die gleiche Aufmerksamkeit zu widmen wie körperlicher. Es gilt vor allem präventiv darauf hinzuwirken, dass Schülerinnen und Schüler jeglicher Ethnie sozial kompetent miteinander umgehen.

Im Übrigen siehe Antwort zu Frage 1 und 2.

Frage 4:
Welche Zahlen liegen insbesondere für den ethnischen Hintergrund von a) Belästigungen mit sexuellem Hintergrund, b) Körperverletzung mit und ohne Waffe, c) Raub an Münchner Schulen vor? Wenn hierzu keine Zahlen vorliegen: warum nicht – und zwar insbesondere angesichts der Tatsache, dass die „Stelle für interkulturelle Arbeit“ der Stadt München nicht weniger als 39 zum Teil umfangreiche Publikationen zum Themenfeld „Interkulturelle Integration“ vorrätig hält, u.a. zum Beispiel ein „Handbuch Konfliktmanagement im interkulturellen Kontext“, eine Publikation zum Thema „Antidiskriminierung“, einen Band zum Thema „Bildung und Chancengleichheit 2003“ u.v.a.m.?

Frage 5:
Wie viele Gewaltdelikte wurden seit dem Schuljahr 2004/05 an Münchner Schulen zur Anzeige gebracht? Wie stellt die Stadt dabei den Umstand in Rechnung, dass das Anzeigeverhalten in München offenbar niedriger ist als in anderen deutschen Städten (s. dazu z.B. die Internetseite „Tausendfüßler. Das Branchenbuch für Eltern und Kinder“: „Das Anzeigeverhalten

liegt mit insgesamt 14,3% (von Raub mit 30,9% bis Körperverletzung ohne Waffe mit 9,4%) in Hamburg im regionalen Vergleich höher als etwa in München, Stuttgart und Schwäbisch-Gmünd."
(http://www.tausendfuessler.de/wDeutsch/themen/schuleundbildung/gewalt.php?navid=32)

Antwort:
Die Publikationen der Stelle für interkulturelle Arbeit umfassen ein breites Themenspektrum. Inwieweit die genannten Publikationen mit den in Frage 4 erfragten Tatbeständen der Körperverletzungen, des Raubs und der sexuellen Belästigungen in Verbindung stehen sollen, ist nicht nachvollziehbar. Die genannten Studien stammen aus völlig unterschiedlichen Bereichen. In allen Gesellschaften gibt es Spannungen und Konflikte. Das „Handbuch Konfliktmanagement im interkulturellen Kontext" beispielsweise macht auf die mögliche interkulturelle Dimension von Konflikten aufmerksam. Es sagt aber nicht aus, dass Menschen mit Migrationshintergrund häufiger Konflikte hätten als Menschen ohne Migrationshintergrund. Der in der Frage hergestellte Zusammenhang zwischen der Anzahl der Publikationen der Stelle für interkulturelle Arbeit und der Zahlen von Straftaten ist weder nachvollziehbar noch sachlich richtig.

Im Übrigen siehe Antwort zu Frage 1 und 2.

Frage 6:
Über welche aktuelleren Zahlen zur Entwicklung der ethnischen Mehrheitsverhältnisse an Münchner Schulen seit dem Jahr 2007 verfügt das Schulreferat?

Antwort:
Die dem Schul- und Kultusreferat vorliegenden Zahlen sind im 2. Münchner Bildungsbericht 2010 enthalten (Sitzungsvorlage Nr. 08-14 / V04437 des Schul- und Sportausschusses).

Frage 7:
Laut der Übersicht „Anteil der Kinder mit Migrationshintergrund an Münchner Grundschulen auf Einzelschulebene" im Anhang des Ersten Münchner Bildungsberichts von 2008 (=ebd. S. 7) liegen die Anteile von Ausländern plus „Deutschen mit Migrationshintergrund" an zahlreichen Münchner Schulen z.T. weit über 60%, an mindestens 13 Münchner Grundschulen sogar über 70%. Um welche Schulen handelt es sich konkret? Wo sind die Anteile von Ausländern/„Deutschen mit Migrationshintergrund" an allen

Münchner Schulen, die dem Schulreferat offenbar bekannt sind, im Einzelnen dokumentiert und einsehbar?

Antwort:
Das Schul- und Kultusreferat stützt sich für die Bildungsberichterstattung auf Zahlenmaterial des Statistischen Amtes und des Staatlichen Schulamts/Fachliche Leitung. Bitte erfragen Sie dort, welche Daten jeweils zur öffentlichen Nutzung freigegeben sind.

Frage 8:
Ganz generell gefragt: welchen Handlungsbedarf sehen die städtischen Schulbehörden bei Gewalt mit ethnischem Hintergrund an Münchner Schulen? Dass es sich bei Konflikten mit ethnischem Hintergrund an Schulen immerhin um eine von der Münchner „Integrations"politik registrierte eigenständige Konfliktkategorie handelt, geht u.a. aus dem von der „Stelle für interkulturelle Arbeit" herausgegebenen „Handbuch Konfliktmanagement im Interkulturellen Kontext" hervor, in dem ein Fall von „interkultureller" Mediation an einer Münchner Hauptschule exemplarisch behandelt wird (S. 52f.).
Was unternimmt die Stadt ggf. bereits gegen spezifische Gewalt mit ethnischen Hintergrund an Münchner Schulen?

Antwort:
Vgl. dazu die Antwort auf Frage 2. Unabhängig davon werden in allen Münchner Schulen seit Jahren mit großem Erfolg eine große Anzahl von Projekten zum Umgang mit Gewalt durchgeführt. Ganz generell nimmt die Erziehung zu gegenseitiger Toleranz und Wertschätzung in der pädagogischen Arbeit aller Schulen einen sehr hohen Stellenwert ein.

Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat

Inhaltsverzeichnis

Mittwoch, 10. November 2010

Vorkaufsrechtsausübung in Erhaltungssatzungsgebieten Überprüfung der Ausübungsschwelle Miethöhe
Antrag Stadtrats-Mitglieder Ulrike Boesser, Andreas Lotte, Bettina Messinger, Irene Schmitt und Claudia Tausend (SPD)

Wie sinnvoll sind Wasserenthärtungsanlagen in München?
Antrag Stadtrat Dr. Georg Kronawitter (CSU)

München bewirbt sich für die Eurocities Jahreshauptversammlung 2013
Antrag Stadträtin Lydia Dietrich (Bündnis 90/Die Grünen)

Ist ein anderer Bodenbelag in der Stachus Passage möglich?
Anfrage Stadtrat Orhan Akman (Die Linke)

Wie inländerfeindlich geht es an Münchner Schulen zu?
Antrag Stadtrat Karl Richter (BIA)

Impressum: Die presserechtliche Verantwortung für Anträge und Anfragen von Stadtratsmitgliedern der **SPD** trägt: Alexander Reissl; **CSU**: Josef Schmid; **Bündnis 90/Die Grünen**: Siegfried Benker; **Rosa Liste**: Thomas Niederbühl; **FDP**: Dr. Michael Mattar; **Die Linke**: Brigitte Wolf; **ÖDP**: Tobias Ruff; **Freie Wähler**: Johann Altmann; **Bayernpartei**: Richard Progl; **BIA**: Karl Richter.
Alle: Rathaus, 80313 München; Druck: Stadtkanzlei

ANTRAG

SPD-STADTRATSFRAKTION

MünchenSPD Stadtratsfraktion ▪ Rathaus ▪ 80313 München

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude

Rathaus

Ulrike Boesser
Stadträtin

Andreas Lotte
Stadtrat

Bettina Messinger
Stadträtin

Irene Schmitt
Stadträtin

Claudia Tausend
Stadträtin

München, 10.11.2010
Vorkaufsrechtsausübung

Vorkaufsrechtsausübung in Erhaltungssatzungsgebieten
Überprüfung der Ausübungsschwelle Miethöhe

Antrag

Die derzeitige Regelung der Ausübungsschwelle Miethöhe soll mit dem Ziel überarbeitet werden, dass künftig die tatsächlichen durchschnittlichen Mieten im Erhaltungssatzungsgebiet herangezogen werden.

Begründung:

Ziel der Erhaltungssatzungen ist es, in deren Geltungsbereich die Bevölkerungsstruktur zu erhalten. Die zur Zeit 14 gültigen Erhaltungssatzungen gelten für rund 90.000 Wohnungen. Die derzeitige Praxis sieht so aus, das Vorkaufsrecht nur dann auszuüben, wenn die durchschnittliche Bruttokaltmiete im betroffenen Anwesen die jährlich aktualisierte durchschnittliche Bruttokaltmiete im gesamten Stadtgebiet abzüglich 10 % nicht übersteigt. Dabei wird aber nicht berücksichtigt, dass in innerstädtischen Stadtgebieten die durchschnittlichen Mieten höher sind als im gesamten Stadtgebiet. Deshalb kam es dort teilweise in den letzten zwei Jahren zu keiner Vorkaufsrechtsprüfung mehr. Da aber die Vorkaufsrechtsausübung in Erhaltungssatzungen eine der wenigen Möglichkeiten ist, die Bevölkerungsstruktur besonders auch im innerstädtischen Stadtgebiet zu erhalten, ist dringend eine Überprüfung und Änderung der Ausübungsschwelle Miethöhe nötig.

gez. Ulrike Boesser Stadträtin	gez. Andreas Lotte Stadtrat	gez. Bettina Messinger Stadträtin	gez. Irene Schmitt Stadträtin	gez. Claudia Tausend Stadträtin

MünchenSPD Stadtratsfraktion
Postanschrift: Rathaus, 80313 München
Besuchsanschrift: Rathaus, 80331 München
Tel.: 089-23 39 26 27, Fax: 089-23 32 45 99
E-Mail: spd-rathaus@muenchen.de
www.spd-rathaus-muenchen.de

MÜNCHEN SPD

Dr. Georg Kronawitter

MITGLIED DES STADTRATS DER LANDESHAUPTSTADT MÜNCHEN

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus
80331 München

ANTRAG
10.11.10

Wie sinnvoll sind Wasserenthärtungsanlagen in München?

Der Stadtrat möge beschließen:

Unter Beteiligung der SWM Versorgungs GmbH und des Referates für Gesundheit und Umwelt wird dem Stadtrat im Wege einer Bekanntgabe dargestellt, ob und wenn ja, ggfs. welche Typen von Wasserenthärtungsanlagen für Münchner Wohngebäude sinnvoll und empfehlenswert sind.
Es wird empfohlen, anschließend den wesentlichen Inhalt dieser Bekanntgabe unter Federführung des RGUs auf der Rathaus-Heimatseite von www.muenchen.de einzustellen.

Begründung:

Seit Jahrzehnten sind die einschlägigen Zeitschriften voll von Inseraten und z. T. auch redaktionellen Beiträgen zum Thema „Wasserenthärtung“ (vulgo „Entkalkung“) insbesondere im Bereich von Wohngebäuden.

Als Nachteile von „hartem“ Wasser werden v.a. der erhöhte Energieverbrauch beim Aufheizen, das Zuwachsen von Rohren, der Einsatz von scharfen Chemikalien zur Entkalkung (z.B. von E-Boilern) und der erhöhte Bedarf an Waschmittelmengen genannt. Diese Nachteile haben eine umweltpolitische, aber auch eine wirtschaftliche Seite. Dies hat offenkundig dazu geführt, dass es mittlerweile in Deutschland durchaus Wasserwerke gibt, die eine zentrale Enthärtungsanlage betreiben.

Demgegenüber ist München heilfroh über sein hervorragendes Trinkwasser aus dem Alpenvorland und hat von daher ein gesundes Misstrauen gegenüber Apparaten, die die Wasserqualität verändern.

Nun gibt es aber verstärkt Werbung für nicht-chemisch wirkende Entkalkungsanlagen für den Wohnungsbereich, die angeblich die Qualität des Münchner Trinkwassers nicht tangieren, aber trotzdem das Wasser so enthärten, dass die o.a. Nachteile entfallen.

Wer sich nun als gute Münchnerin oder als guter Münchner unter www.muenchen.de zum Stichwort „Wasserenthärtung“ auf die Suche nach objektivem städtischen Rat macht, wird dort leider nicht fündig. Dies zu ändern und den Stand des Fachwissens aufzuzeigen, ist ein Ziel dieses Antrags.

gez.
Dr. Georg Kronawitter, Stadtrat

CSU-Fraktion, Rathaus, Marienplatz 8; 80331 München; Tel.: 233 92650; Fax: 29 13 765 www.wzim.de

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus

München, 10.11.2010

Antrag

München bewirbt sich für die Eurocities Jahreshauptversammlung 2013

Das Referat für Arbeit und Wirtschaft wird beauftragt, die Bewerbung Münchens für die Durchführung der Eurocities Jahreshauptversammlung im Herbst 2013 in die Wege zu leiten.
Als Schwerpunktthema für die Konferenz, die Workshops und die Präsentation Münchens bietet sich das Thema „Zukunftsfähige Städte – Nachhaltige Städte„ insbesondere mit dem Aspekt „Erneuerbare Energien“ an.

Begründung:
Eurocities ist als Zusammenschluss der großen Städte Europas ein wichtiges Netzwerk. Insbesondere die direkte Einflussnahme auf die Politik der Europäischen Kommission ist für die Kommunen von zentraler Bedeutung, da die Kommunen von vielen Maßnahmen der Kommission sowie der übrigen Gremien der EU betroffen sind. Daher nimmt das Europäische Städtenetzwerk Eurocities bei der Formulierung und Durchsetzung von kommunalen Interessen eine zentrale Rolle ein. Die Gastgeberstädte für die Jahreshauptversammlungen können durch ihre Themensetzung die Aufmerksamkeit vieler politischer Akteure auf sich ziehen.

Stockholm nutzte im Jahr 2009 die Eurocities Konferenz um sich als „Green Capital“ zu präsentieren und im Vorfeld des Kopenhagener Klimagipfels die Notwendigkeit einer Strategie der Nachhaltigkeit für die Städte Europas und der EU zu fordern. München als Gastgeberstadt für die Jahreshauptversammlung 2013 könnte sich zum einen deutlicher als bisher als Europäische Stadt präsentieren. Zum anderen könnte mit dem Schwerpunktthema „Erneuerbare Energien“ der Fokus auf die notwendige Weichenstellung in der Energieerzeugung als wichtige Herausforderung für die Städte der Zukunft gelenkt werden.

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen – rosa liste
Initiative:
Lydia Dietrich
Stadträtin

Die Grünen-rosa liste, Marienplatz 8, 80331 München, Tel. 089/233-92620, Fax 089/233-92 684
www.gruene-muenchen-stadtrat.de, gruene-rosaliste-fraktion@muenchen.de

DIE LINKE.
... mit links für ein solidarisches München

DIE LINKE im Stadtrat, Rathaus, Marienplatz 8, 80331 München

Oberbürgermeister
Christian Ude

Rathaus
Marienplatz 8
80331 München

DIE LINKE
offene Liste im Stadtrat
Orhan Akman
Ehrenamtlicher Stadtrat

Rathaus, Marienplatz 8
80331 München

Tel: 089 - 233 - 2 52 35
Fax: 089 - 233 - 2 81 08

München, 10.11.2010

Anfrage: Ist ein anderer Bodenbelag in der Stachus Passage möglich?

Einige Bürger/innen und auch Mitarbeiter/innen der ansässigen Geschäfte haben sich über den Bodenbelag in der Stachus Passage und den Treppenaufgängen (ausgenommen der Rolltreppen) beschwert. Laut ihren Angaben ist dieser extrem rutschig. Vor allem mit nassen oder glatten Schuhsohlen bestünde die Gefahr, dass die Bürger/innen ausrutschten und sich verletzten.

Vor diesem Hintergrund stelle ich die folgenden Fragen:

1. Gibt es die Möglichkeit in der Stachus Passage und den Treppenaufgängen einen rutschfesten Boden zu verlegen?

2. Welchen Einfluss kann die LH München auf die LBBW Immobilien GmbH als Betreiberin der Stachus Passage ausüben, um die Gefahr für die Bürger/innen zu beheben?

3. Sind der LH München Fälle bekannt, bei denen Bürger/innen aufgrund des Bodenbelags hinfielen und sich verletzten?

Orhan Akman

Stadtrat der LINKEN.

Stadtrat: **Orhan Akman•**
Mitarbeiterin: **Maren Ulbrich**
Bürozeiten: **Mo: 10 Uhr bis 12 Uhr, Di: 14 Uhr bis 16 Uhr und Do: 14 Uhr bis 16 Uhr (Stadtratsbüro Rathaus, Zimmer Nr. 176)**
E-Mail: **info@dielinke-muenchen-stadtrat.de**
Homepage: **http://www.dielinke-muenchen-stadtrat.de**

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus
Marienplatz 8
80331 München

Antrag
10.11.2010

Wie inländerfeindlich geht es an Münchner Schulen zu?

Ich beantrage:

1. Die Stadt legt Zahlen und Informationen über das Ausmaß der Deutschenfeindlichkeit an Münchner Schulen vor. Sie eruiert diese entweder durch eigene Untersuchungen oder unter Rückgriff auf Informationen des bayerischen Kultusministeriums.

2. Die Stadt legt bis 30. Juni 2011 einen Bericht vor.

Begründung:

In der Antwort auf eine Stadtrats-Anfrage des Antragstellers vom 28.07. („Kampf im Klassenzimmer – auch an Münchner Schulen?“) erklärte Stadtschulrat Rainer Schweppe am 02.11. wörtlich: „Die (...) etwaige Gewalt von Kindern mit Migrationshintergrund wird datenmäßig nicht erfaßt und liegt der Landeshauptstadt München daher nicht vor.“

Angesichts der anhaltenden Diskussion über eine verbreitete „Deutschenfeindlichkeit“ an deutschen Schulen ist dieses Desinteresse unbegreiflich und unverantwortlich – frei nach dem Motto: was ich nicht weiß, macht mich nicht heiß. Dabei beschäftigt das Thema „Deutschenfeindlichkeit an Schulen“ die Öffentlichkeit seit Monaten mit wachsender Intensität. Erst dieser Tage widmete sogar die „Süddeutsche Zeitung“ dem Thema einen ganzseitigen Beitrag unter der Überschrift „Die Schweinefleischfresser“ (*SZ*, 09.11.2010, S.3) und zitierte dort Bundesfamilienministerin Kristina Schröder (CDU) mit den Worten: „(...) es muß auch überlegt werden, wie Deutschenfeindlichkeit strafrechtlich hinreichend geahndet werden kann, denn auch sie ist rassistisch und fremdenfeindlich.“

Auch an zahlreichen Schulen in der bayerischen Landeshauptstadt sind deutsche Kinder mittlerweile längst in der Minderheit. Nach eigenen Angaben der Stadt liegen

b.w.

die Anteile von Ausländern plus „Deutschen mit Migrationshintergrund“ an etlichen Münchner Schulen z.T. weit über 60 Prozent, an mindestens 13 Münchner Grundschulen sogar über 70 Prozent. Allein vor diesem statistischen Hintergrund müßte es für die Stadt naheliegend sein, sich für eine etwaige Mobbing-Situation, der die verbliebenen Schüler mit deutschem Familienhintergrund ausgesetzt sind, zu interessieren; dies umso mehr, als ein Gutteil der Kinder mit nichtdeutschem Hintergrund auch in München aus muslimischen Familien stammt; „(...) wenn die an ihrer Religion festhalten, kannst du das knicken, mit denen klarzukommen. Die finden, daß ihre Religion höher ist als unsere“, zitiert der genannte *SZ*-Beitrag einen Berliner Lehrer.

Beobachtungen an Schulen in Neuperlach und in Freimann, die jeder selbst machen kann, bestätigen im übrigen sehr schnell, daß es auch an Münchner Schulen mit hohen Anteilen an Migrantenkindern offenbar eine „verbreitete Deutschenfeindlichkeit“ gibt.

Es ist nachgerade ein Armutszeugnis, wenn sich das Münchner Schulreferat (neuerdings: Referat für Bildung und Sport) vor der traurigen multikulturellen Realität an Münchner Schulen hinter humanistisch eingetönten Sprechblasen versteckt, wie dies im zitierten Antwortschreiben des Stadtschulrats der Fall ist. Auf die Frage, ob die Münchner Schulbehörden spezifische Gewalt mit ethnischem Hintergrund überhaupt registrieren, heißt es dort allen Ernstes: „Es gilt vor allem präventiv darauf hinzuwirken, daß Schülerinnen und Schüler jeglicher Ethnie sozial kompetent miteinander umgehen.“ Von solchen noblen Absichten haben die alltäglichen Mobbing-Opfer ausländischer Gangs und islamischer Jung-Machos auf Münchner Schulhöfen leider nicht das geringste.

Um auch an Münchner Schulen die Situation von Schülern ohne „Migrationshintergrund“ zu verbessern, ist eine verläßliche Informationsgrundlage die erste Voraussetzung. Dafür ist nur die gleiche Sorgfalt der Schulbehörden erforderlich, wie sie etwa im Umgang und mit der Registrierung „rechtsextremer“ Auffälligkeiten seit langem an den Tag gelegt wird. Möglicherweise existieren einschlägige Daten auch längst – etwa beim bayerischen Kultusministerium – und müssen nur handhabbar gemacht werden. Zumindest das kann man von der Stadt erwarten.

Ein entsprechender Bericht, aus dem das Ausmaß der alltäglichen Deutschenfeindlichkeit an Münchner Schulen hervorgeht, ist zeitnah zu erstellen – bis Jahresmitte 2011 (30. Juni) ist eine realistische Vorgabe. Der Stadt liegt dann zumindest ein Situationsbefund vor, der als Wegweisung für weitere Maßnahmen dienen kann.

Karl Richter
Stadtrat